

Antrag 1: Altersquote**Antragsteller:** Juso-Kreisverband Rhein-Neckar**Empfänger:** Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg**Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen:**

Wir fordern eine verbindliche Quote für junge Genoss*innen und Genossen auf aussichtsreichen Listenplätzen bei Listenaufstellungen für Bundestagswahlen und ggf. Landtagswahlen. Dabei sollten auf fünf Kandidierende einer oder eine kommen, der oder die jünger ist als 35. Als aussichtsreiche Listenplätze gelten alle Plätze, die es bei der letzten Wahl ins jeweilige Parlament geschafft hatten. Diese Quote ist bei der Aufstellung des Listenvorschlages durch die Findungskommission einzuhalten.

Begründung: Erfolgt mündlich.**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in neuer Fassung:

Empfänger: SPD-Ortsvereine in Rhein-Neckar, SPD-Landesparteitag

Wir fordern die SPD-Ortsvereine auf, bei ihrer Listenaufstellung zur Gemeinderatswahl eine Person unter 35 zwischen die amtierenden Gemeinderäte zu platzieren.

Antrag 2: Kostenlose Hygieneartikel**Antragsteller:** Juso-Kreisverband Rhein-Neckar**Empfänger:** SPD-Landesparteitag Baden Württemberg, SPD-Bundesparteitag,
SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Kreistagsfraktion Rhein-Neckar**Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen:**

Wir fordern die Bereitstellung kostenloser Hygieneartikel (Binden, Tampons, Desinfektionsmittel) auf öffentlichen Toiletten. Diese sollen mit öffentlichen Geldern finanziert und vor dem Eingang aller Toiletten platziert werden.

Begründung: Erfolgt mündlich.**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in Annahme in veränderter Fassung:

Wir fordern die Bereitstellung kostenloser Hygieneartikel (Binden, Tampons, Desinfektionsmittel) in öffentlichen Toiletten in Gebäuden, die von der öffentlichen Hand unterhalten werden.

Antrag 3: Verhütung darf nicht vom Geldbeutel abhängen**Antragsteller:** Juso-Kreisverband Rhein-Neckar**Empfänger:** SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg, SPD-Bundesparteitag**Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen:**

Bisher übernehmen die Krankenkassen die Finanzierung der Anti-Baby-Pille nur für Frauen bis zum 20. Lebensjahr.

Wir fordern stattdessen die Finanzierung von der Ausbildungssituation abhängig zu machen. Deshalb sollte für alle Frauen, die sich in einem Ausbildungsverhältnis oder einem Studium befinden, die vollständige Kostenübernahme der Anti-Baby-Pille gewährleistet werden. Begründung erfolgt mündlich.

Begründung:

Meist sind es die Frauen in unserer Gesellschaft, die für die Verhütung verantwortlich sind und die die Kosten dafür tragen müssen. Dies bringt oft eine große finanzielle Belastung mit sich, gerade für diejenigen, die gerade so von ihrem Bafög oder ihrem geringen Ausbildungsgehalt leben können. Eine ungewollte Schwangerschaft kann aber auch enorm die Psyche junger Frauen belasten. Es muss eine schwerwiegende Entscheidung getroffen werden und die Ausbildung oder das Studium leiden möglicherweise darunter.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme